

Politischer Islamismus und die internationale Politik. Die mobilisierende Rhetorik von Hizb ut-Tahrir

By: Dr. Ali Hedayat¹

Abstract

Der folgende Beitrag befasst sich mit der Erfassung islamistischer Radikalisierungsprozesse durch die Rhetorik. Der Protest politischer Islamisten wird anhand von Indikatoren wie Protestaktionen oder einer konfrontativen Rhetorik zur Mobilisierung politischer Gewalt und terroristischer Anschläge gemessen. Das Ziel dieses Beitrages ist, das Gefahrenpotenzial durch politische Islamisten am Beispiel der mobilisierenden Rhetorik der islamistischen Hizb ut-Tahrir² (HuT) besser einzuschätzen.

¹ Dr. Ali Hedayat ist Lehrbeauftragter an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg und beschäftigt sich mit dem Islamismus als soziale Bewegung.

² Partei der Befreiung

Einleitung

Seit 2001 ist die Sichtbarkeit der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit gestiegen. Das Engagement Deutschlands in der internationalen Politik wird zunehmend für islamistische Akteure sichtbar. Innerhalb der durchaus heterogenen islamistischen Bewegung, kristallisieren sich unterschiedliche Strömungen heraus, welche die Gemeinschaft der Gläubigen, die „Umma“ gegen westliche Staaten, darunter die Bundesrepublik, mobilisieren wollen. Die Kommunikation der HuT wählt Ereignisse aus der nationalen und internationalen Politik aus, deutet und interpretiert Themen zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, um ihre Adressaten zu erreichen.

Im Gegensatz zu salafistischen Jihadisten, welche hauptsächlich zum direkten bewaffneten Widerstand gegen westliche Staaten und ihre Verbündete aufrufen, wählen politische Islamisten wie die HuT eine indirekte Rhetorik. Sie rufen anhand politischer Argumente zum bewaffneten Kampf gegen „unislamische Marionettenstaaten“ auf. HuT erkennt deren Legitimität nicht an, da sie als korrupt, westlich indoktriniert und korrumpiert beschrieben werden. Nur durch einen revolutionären Umsturz, durch eine aktivierte Umma, würde die kulturelle und religiöse Unterdrückung der Muslime auf dem Boden des islamischen Staates³ beendet. HuT beteiligt sich am islamistischen Gewaltdiskurs, indem sie westliche Konzepte wie u.a. Demokratie und Globalisierung als ideologische Bedrohung für den Islam hervorheben. Für ihre Kommunikation wählt HuT eine gezielt „intellektuelle“ politisch elaborierte Rhetorik. Ein Merkmal der HuT ist der Anspruch bildungsnahe Gruppen zum Beispiel angehende AkademikerInnen für ihre Ziele zu gewinnen⁴. Westliche Theorie, Konzepte und Philosophie werden kritisch diskutiert und in

³ Dieses Territorium erschließt sich von Maghreb in Marokko über Westafrika und Subsahara im Sudan, über die arabische Halbinsel, den Kaukasus und Zentralasien bis nach Südostasien. Das Zeitalter des islamischen Kalifats beginnt 631 n. Chr. mit dem Tod des Propheten Mohammad und geht mit dem Untergang des osmanischen Reiches 1925 und der Gründung der türkischen Republik durch Mustafa Kemal Atatürk zu Ende.

⁴ (Verfassungsschutzbericht 2013:240)

Frage gestellt. Damit will sich die HuT von konkurrierenden islamistischen Organisationen distanzieren und dem öffentlichen Vorwurf der Gewaltbereitschaft vorbeugen. Zugleich wählt HuT eine bewusst emotionalisierende Sprache, um jungen Muslimen emotional anzusprechen, um sie für ihre sozialen, kulturellen und politischen Alternativen zu gewinnen.

Theoretische Konzepte aus der Forschungsliteratur sozialer Bewegungen leisten einen zentralen Beitrag zum Verständnis der rhetorischen Mobilisierung der islamistischen Bewegung (Olesen 2009: 7). In diesem Beitrag erleichtert das „framing“ Konzept aus der Bewegungsforschung den Zugang zum Verständnis der Rhetorik von HuT. Frames sind interpretative Schemata, welche unter anderem durch Symbolik und Rhetorik, die eigene Wahrnehmung der Welt interpretieren (Snow/Byrd 2007). Der Trennlinie zwischen dem framing und der Ideologie mag dünn sein, jedoch beschreiben frames im Gegensatz zur Ideologie keine feste systematisch geordnete Weltanschauung. Frames sind Teil der kommunikativen Interaktion und können unterschiedlich interpretiert und verändert werden (Johnston/Oliver 2000). Islamistische Gruppen wie die HuT müssen stets mit legalen Sanktionen rechnen. Aus diesem Grund nehmen sie die Rolle des Opfers ein. Im framing Prozess entsteht eine Kollektivwahrnehmung von „Wir“ gegen die „Anderen“ und fördert somit eine Mobilisierung von potenziellen AnhängerInnen. Das subjektiv empfundene Gefühl Ungerechtigkeit erfahren zu haben, wird als kollektive Wahrnehmung Opfer und somit Teil einer Schicksalsgemeinschaft zu sein projiziert. Die Literatur der Bewegungsforschung spricht dabei von „Ungerechtigkeitsframes“. Die daraus abgeleiteten Protestforderungen „Claims“, können eine Radikalisierung auslösen (Eckert 2013: 14). In einem framing Prozess werden zunächst Ereignisse und Vorgänge aus der eigenen Perspektive betrachtet und als Problem diagnostiziert (diagnostic framing). Anschließend werden Lösungen und Strategien durchdacht und vorgeschlagen, um die bestehenden

Verhältnisse zu verändern (prognostic framing). Schließlich müssen Individuen davon überzeugt werden die „Bewegung“ zu unterstützen (motivational framing). Die Motive von AnhängerInnen sich einer Gruppe anzuschließen sind vielfältig (Benford/Snow 2000). Manche AnhängerInnen verfolgen opportunistische Ziele, um Anschluss an einer Gruppe oder persönliche Anerkennung zu gewinnen. Andere haben im Verlauf ihrer Vita Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren. Der gemeinsame Nenner findet sich in der Motivation die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse ändern zu wollen. Letztendlich ermöglicht die Bewegungsforschung, islamistische Gruppen wie die HuT, die sich als Bindeglied zwischen Bewegung und Partei definieren konzeptionell einzuordnen. Mit ihrer Referenz zum Islam, definiert sich HuT als transnational agierende und somit nicht an territoriale Grenzen gebundene Bewegungspartei. Charakteristisches Merkmal einer sozialen Bewegung ist der Anspruch einen sozialen oder politischen Wandel anzustreben (Rucht 2001; Della Porta/Diani 2006). HuT weisen durch ihre Protestforderungen solche Bewegungsmerkmale auf. Sie streben einen sozialen und politischen Wandel an, welcher zunächst die Islamisierung der Gesellschaft voraussetzt. Im ersten Abschnitt, wird die HuT als Bewegungspartei definiert. Anschließend werden der Werdegang der HuT und die Bedeutung der internationalen Politik für den politischen Islamismus beschrieben. Internationale Konflikte wie Afghanistan, Irak, Libyen und Gaza, werden als Beispiele thematisiert, um die Unterdrückung der islamischen Identität hervorzuheben. Politische Islamisten erklären diese weltweite Unterdrückung der Muslime durch die sozioökonomischen und politischen Krisen kapitalistisch geprägter Demokratien (Ferdowsi 2007: 103). Des Weiteren erkennt die HuT die internationale Ordnung, das heißt das Verständnis von Nationalstaaten als zentrale Akteure internationaler Politik, nicht an (HuT 2001). Die Staaten werden als Nachfolger von Kolonialmächten gesehen, welche mit ökonomischen und militärischen Mitteln versuchen, die Ressourcen islamischer Länder

auszubeuten und die muslimische Gemeinschaft samt ihrer Werte zu unterdrücken. Der politische Gegenentwurf dieser internationalen Ordnung ist ein grenzübergreifendes Kalifat.

Folglich widmet sich der zweite Abschnitt den Protestforderungen. Anhand des „Claims-making“ der HuT, versucht die Fallstudie zu verdeutlichen, wie sich die nicht-intendierten Folgen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auf die mobilisierende Rhetorik der HuT auswirken. Die empirische Grundlage dieses Beitrages ist die Analyse sogenannter Protestforderungen „Claims“ der islamistischen HuT. Die Claims der Islamisten geben zumindest ihre nach außen kommunizierte, interpretierte Wahrnehmung der politischen Umwelt wieder. Die Claims richten sich sowohl direkt als auch indirekt an Deutschland, indem die Bundesregierung abwechselnd für die Außen- und Sicherheitspolitik westlicher Staaten mitverantwortlich erklärt wird. Veröffentlichte Dokumente der HuT zwischen den Jahren 2000 und 2013 wurden ausgewählt, um die spezielle Kommunikation politischer Islamisten herauszuarbeiten. Aus den Jahren 2000 bis 2013, wurden 50 Beiträge, darunter Quellenmaterial aus dem Internet, Blogs, den offiziellen deutsch- und englischsprachigen Webseiten von HuT, sowie ihre deutschsprachige Zeitschrift „Explizit“ ausgesucht und inhaltlich ausgewertet⁵. Abschließend wirft der Beitrag einen Ausblick auf das Mobilisierungspotenzial des politischen Islamismus.

Gründung und politische Aktivität

Die HuT wurde im Jahr 1953 vom palästinensischen Sheikh Taqiuddin an-Nabahani gegründet. Ihre heutige Zentrale liegt im Libanon. Die Gründung der HuT lässt sich im

⁵ Die deutschsprachige Zeitschrift „Explizit“ wurde zwischen 2000 und 2003 in der Bundesrepublik veröffentlicht und adressierte hauptsächlich deutschsprachige muslimische Einwanderer. Ihr Inhalt behandelte vorwiegend die politischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, sowie die soziokulturelle Situation der Muslime in den europäischen Gesellschaften. Das Magazin wurde nach dem Betätigungsverbot von HuT am 15.01.2003 nicht mehr in der Bundesrepublik ausgedruckt oder veröffentlicht.

Kontext des arabisch-israelischen Konfliktes einordnen, was darauf schließen lässt, dass die HuT versuchte sich innerhalb der islamistischen Bewegungen als eine politisch-revolutionäre Partei zu positionieren. Nabahani betrachtete den Sieg Israels im Unabhängigkeitskrieg 1948 als eine koloniale Verschwörung, die neben dem „zionistischen Staat“, illegitime ungläubige Herrscher einsetzen würde, um die Palästinenser zu schwächen und die islamische Gemeinschaft zu spalten. Das politische Schicksal Palästinas und die Besetzung arabischer Territorien durch die israelische Besatzung, haben einen erheblichen Einfluss auf die Ideologie der HuT und ihre Wahrnehmung als politisch-religiöse Partei der unterdrückten islamischen Gemeinschaft. Die Bildung künstlicher Nationalstaaten in der islamischen Welt wird als westliche Verschwörungsstrategie eingestuft, um die Eintracht des islamischen Kalifats, das seit dem Untergang des osmanischen Reiches 1924 nicht mehr existiert, zu vermeiden (HuT 1995). Die politisch-revolutionäre Rhetorik der HuT erinnert abschnittsweise an ideologische Schriften wie „Milestones“ von Sayid Qutb. Dieser sah bereits in den 1920er Jahren die Notwendigkeit eines Umsturzes arabischer Herrscherhäuser, die den Zustand der Ignoranz „Jahiliyya“ verlängern und ausbauen würden. Die Unterscheidungsmerkmale der HuT von anderen islamistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts sind der Aufruf an die Muslime, ihr politisches Bewusstsein zu entdecken und zu erwachen. Miteinander konkurrierende Ideologien, wie der arabische Nationalismus, der Kommunismus und der Kapitalismus verlangten nach einer getrennten Bewertung und müssten als historische und kulturelle Bedrohung für die islamische Gemeinschaft wahrgenommen werden (Hamid 2007: 146). Der Islam wird dabei zu einer rationalen Systemideologie uminterpretiert, um mit den entwickelten Systemen der Ungläubigen zu konkurrieren. Durch eine „intellektuelle“ Revolution würde die islamische Gemeinschaft gegen die koloniale Welt erwachen. Jede

gedankliche Konzeption muss eine islamische Wurzel haben⁶. Dies führt zu einer rigorosen Ablehnung jeder westlichen Konzeption wie Demokratie und Meinungsfreiheit. Einzigartig für die politische Mobilisierung ist die Methodologie der HuT. Diese zielt darauf hin die islamische Gemeinschaft in drei Phasen zu erwecken und anschließend das Kalifat zu errichten (Hamid 2007: 147). Im ersten Schritt sollen die Muslime politisiert werden, um sich fern der Öffentlichkeit mit dem ideologischen Kern der HuT vertraut zu machen. Im zweiten Schritt fordert die islamische Gemeinschaft „Umma“, die gesellschaftliche und politische Ordnung offen heraus. In der Nusrah-Phase schließt sich die Umma mit anderen politischen Kräften wie dem Militär zusammen, um die Machthaber zu stürzen und die bestehende politische Ordnung durch das Kalifat zu ersetzen. Diese drei Schritte setzen die volle Islamisierung der Gesellschaft voraus.

Die Repression arabischer und islamischer Staaten gegenüber islamistischen Gruppen, führte zu einer Verbotschwelle der HuT quer durch die Region von Nordafrika bis nach Zentralasien. Zugleich waren die Mitglieder der HuT repressiven Maßnahmen wie Verhaftungen ausgesetzt. Der Sitz der HuT ist heute auf zahlreiche europäische Länder verlagert worden. Die europäische Zentrale der HuT befindet sich heute in Großbritannien.

Betätigungsverbot in Deutschland

Seit dem 15. Januar 2003 gibt es für die HuT in Deutschland ein Betätigungsverbot⁷. Zum einen hat die HuT laut Bundesministerium des Innern, gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen und Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele befürwortet. Zum anderen bot eine von Shaker Assam, dem Mediensprecher der HuT in

⁶ Zum Beispiel ist die Demokratie von Menschen und nicht von Gott erschaffen. Die Demokratie ist kein islamisches, sondern ein westliches und somit ungläubiges Konzept (HuT 1995: 8).

⁷http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?pfach=1&n_firmanr_=109208&sektor=pm&detail=1&r=113130&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0 (10.11.2013)

Österreich und Deutschland, einberufene Konferenz zum Thema der damals bevorstehenden US Intervention in den Irak, den deutschen Behörden die Gelegenheit, die HuT in der Bundesrepublik zu verbieten (Spiegel 47/2002). An der am 27. Oktober 2002 stattgefundenen Veranstaltung, nahmen unter anderem der damalige NPD Vorsitzende Udo Voigt und der Anwalt der Partei Horst Mahler teil. In den vergangenen Jahren fiel die HuT vor allem durch ihre Aktivitäten in der Nähe der Universitäten Hamburg und Berlin auf (Dantschke 2009: 441). Trotz des Betätigungsverbotest versteht sich die islamistische HuT als Teil einer transnationalen Bewegung, da sie nicht an nationale Grenzen gebunden ist. Folglich adressiert die HuT die Öffentlichkeit in mehreren Sprachen über das digitale Netz, unter anderem über deutsch- und englischsprachige Internetportale.

Die islamistische Bewegungspartei

Die HuT kann auf Grund ihrer hierarchischen Strukturen und ihrem ideologischen Programm als islamistische Partei kategorisiert werden. Zugleich weist sie auf Grund ihrer Protestformen und kollektiven Identitätskonstruktionen bewegungstypische Merkmale auf. Die Bewegungsforschung leistet einen theoretischen und konzeptionellen Beitrag zum Verständnis der Entstehung religiös motivierter sozialer Bewegungen. Bislang wurden religiöse Bewegungen in den Sozialwissenschaften entweder ausgeblendet oder als fundamentalistische Bedrohung für Politik und Gesellschaft verstanden (Willems 2004: 29). Religiöse Bewegungen, die einen politischen und gesellschaftlichen Wandel anstreben, werden entweder als Objekte der Religionssoziologie oder der Extremismusforschung wahrgenommen. Dabei unterscheiden sich religiöse Bewegungen nicht von anderen säkularen sozialen Bewegungen. Neben dem Anspruch für sozialen und politischen Wandel, nutzen diese Bewegungen eine organisatorische Infrastruktur, materielle Ressourcen sowie den Zugang zu Kommunikationsmedien, um Protest zu mobilisieren.

Entgegen vielen neuen sozialen Bewegungen, sind die Aktionen religiöser Bewegungen nicht dezentral, sondern von einer hierarchischen Führungsebene gesteuert (Husain 2007). Die islamistische Bewegung weist auf politische und soziale Zustände hin und bettet diese in einen diskursiv religiösen Kontext ein (Willems 2004: 33). Zentral sind die politischen und kulturellen Forderungen, welche als Argumentationsschemata an die eigene Ideologie gebunden werden. Innerhalb der islamistischen Bewegung konkurriert die HuT mit anderen Gruppen um Ideen, Mitgliedern und Einfluss. Die HuT grenzt sich stärker nach außen ab und diszipliniert ihre Mitglieder. Thematisch orientiert sie sich an religiös kontextualisierten politischen Fragen, wie die zur islamischen Gemeinschaft ihrer Kultur und ihrer Position zur westlichen Welt. Auch wenn das islamische „Wir“ gegen die westlichen „Anderen“ die Argumentationsschemata stark beeinflussen, neigt die HuT nicht zu apokalyptischen Dramatisierungen. Vielmehr führt sie eine „intellektuelle“ über „Methoden“ und „Ideen“ pragmatisch orientierte Rhetorik, um ihre politischen Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen. Jedoch benötigt auch die HuT als Teil der islamistischen Bewegung eine „revolutionäre“ Utopie, um ihre Unterstützer für das politische Projekt zu mobilisieren (Reetz 2004: 61).

Die internationale Politik im Blickfeld des politischen Islamismus

Die Forderungen des politischen Islamismus konzentrieren sich hauptsächlich auf die *politische* und *kulturelle* Dimension. Durch die politische und kulturelle Unterlegenheit gegenüber den westlichen Kolonialmächten, sind muslimische Gesellschaften nicht nur der westlichen Dominanz ausgesetzt. Die islamische Kultur wird überdies hinaus unterdrückt. Für den Islamismus nimmt die koloniale Expansion im 19. und 20. Jahrhundert eine historische Bedeutung ein, indem die islamische Welt in die politische und ökonomische Abhängigkeit geriet (Reetz 2004: 62). Folglich entstand aus der wirtschaftlichen, sozialen

und technischen Unterlegenheit gegenüber den europäischen Kolonialmächten, eine kulturelle Abhängigkeit (Ferdowsi 2007: 104). Die islamische Tradition wurde von einer sich rasch wandelnden Welt bedroht. Diese enormen Herausforderungen brachten politische Islamisten, wie Jamal ad-Din al-Afghani (1838-97) hervor, die nach Lösungen für die Krise der islamischen Ordnung suchten. Die muslimischen Länder sollten zunächst befreit werden und ihre Autorität zugunsten eines islamischen Herrschaftssystems, wie die einer Shura (Beratungs- und Konsultationssystem) überstellen (Ferdowsi 2007: 105). Inmitten der politischen Modelle war das Kalifat umstritten, da es von manchen islamistischen Ideologen für zu straff und ideologisch gehalten wurde. Islamisten wie Mawdudi befürworteten eine rein lokale Islamisierung, welche sich auf Pakistan und den subindischen Kontinent begrenzen würde. Andere wie Qutb forderten die globale Islamisierung als einen notwendigen ersten Schritt zur Errichtung des Kalifats. Die blutige Spaltung des Kalifats nach dem Tod des Propheten Muhammad und die Ernennung neuer Kalifen im 10. Jahrhundert, nährten den Zweifel an einer vereinten islamischen Gemeinschaft. Der Untergang des osmanischen Reiches 1924 besiegelte das politische Schicksal des letzten Kalifats, das nur formal die politische und soziale Einheit einer islamischen Gemeinschaft repräsentierte (Berman 2004: 86). Die aus dem Nationalismus, Sozialismus und Pan-Arabismus entstandenen säkularen Nationalstaaten, wurden nicht nur autoritär regiert, sie konnten auch nur einen Teil der Gesellschaft sozio-ökonomisch befriedigen. Das Fehlen politischer Alternativen in politisch geschlossenen Systemen und die sozio-ökonomische Misere sind partiell ausreichende Erklärungen für den Aufstieg islamistischer Bewegungen.

Die islamistischen Denker des 20. Jahrhunderts, wie die Ägypter Saqid Qutb und Hassan Al Banna, Abu Ala Mawdudi aus Pakistan und Ayatollah Rhollah Khomeini aus dem Iran, knüpften an den Gedanken Al Afghanis, der holistischen Interpretation des Islam an

(Mozaffari 2007: 23). Religion (Din), Lebenswelt (Dunya) und Regierung (Dawla) werden zu unzertrennlichen Elementen einer vollkommenen islamischen Gesellschaft. Diese Gesellschaft wird als die einzig wahre und richtige Lebensgemeinschaft verstanden. Hingegen ist die westlich säkulare Gesellschaft falsch, ignorant (jahil) und repressiv, da sie sich nicht an die islamischen Prinzipien hält und versucht andere Kulturen zu dominieren (Qutb 1964: 65). Die westlichen Staaten werden als die natürlichen Nachfolger der Kolonialmächte wahrgenommen. Mit militärischen und ökonomischen Mitteln würden diese versuchen muslimische Territorien zu besetzen. Von Palästina über Irak, Tschetschenien, Afghanistan bis nach Kashmir und Südostasien würden Muslime durch westliche Mächte, säkulare und anti-islamische Regierungen Unterdrückung erfahren (Mozaffari 2007: 23).

Die Rhetorik von Hizb ut- Tahrir

Dieser ideologische Diskurs des Islamismus ist elementar, um die Rhetorik der HuT nachzuvollziehen. Sie folgt einer konsequenten Methode von Forderungen und Behauptungen den Claims, welche sich in diesem Beitrag in *politische* und *kulturelle* Forderungen aufteilen lassen. Bevor die HuT eine Veränderung bzw. einen politischen und sozialen Wandel fordert, wird das Thema historisch kontextualisiert und politisch problematisiert. Im diagnostic framing, diagnostiziert die HuT die aus ihrer Sicht auftretenden Probleme durch die politische, ökonomische und kulturelle Unterdrückung der muslimischen Gemeinschaft der Gläubigen. Bevor die HuT im prognostic framing Forderungen und Lösungen vorschlägt, werden Konzepte wie z.B. Glauben, Identität, Gewissen oder Kultur ausführlich diskutiert, um das Bewusstsein der Adressaten zu erwecken und sie von der Relevanz des bestimmten Themas und dessen Kontextes zu überzeugen. Für die HuT ist die politische Überzeugung und das erwachte Gewissen der

Individuen entscheidend, um die islamische Gemeinschaft zu mobilisieren. Sowohl innenpolitische Themen wie Migration und Islam in Deutschland, als auch die Politik gegenüber den islamischen Staaten werden diskutiert. Kulturalistische Argumentationsschemata lassen nur wenige Spielräume für kompromissfähige Diskursstränge, da sie die Identität und Herkunft ansprechen. Nur wenige Menschen würden ihre kulturelle, ethnische oder religiöse Identität aufgeben. Die kulturalistischen Forderungen wie Identität und Werte sind aus der Sicht der HuT historisch notwendig. Die westlich konstruierten Konzepte, wie der Nationalismus, spiegeln jahrhundertelange Anstrengungen wieder, eine christlich religiöse „Monokultur“ in Europa zu erschaffen und diese auszuweiten. Der Rassismus und die unter anderem von Friedrich Merz geforderte deutsche Leitkultur ist die folgerichtige Konsequenz dieser Anstrengungen (HuT a 2001: 16). Politische Argumentationsschemata lassen in der Regel Spielräume für kompromissfähige Diskursstränge. Die HuT verbindet jedoch die politischen Argumentationsschemata mit kulturalistischen Forderungen, wie solchen nach der Islamisierung der Gesellschaft. Die Errichtung des Kalifats ist die politische Alternative der HuT. Sie wird mit kulturalistischen Forderungen, welche eine vollkommene Islamisierung der Gesellschaft voraussetzen verbunden. Die HuT äußert ihre claims subtil, indem sie eine durch die „kapitalistischen Westmächte“ aufgezwungene ökonomische sowie kulturelle Globalisierung kritisiert. Direkte anti-westliche Forderungen treten im Zusammenhang mit der Militärintervention der USA im Irak und Afghanistan, sowie der Präsenz von NATO Truppen in islamischen Ländern auf. Indirekte Claims richten sich gegen die deutsche Außenpolitik, welche die ökonomischen Beziehungen zu anti-islamischen „Diktaturen“ interessenorientiert aufrechterhalten und ausbauen würde.

Tabelle 1: Claims-making von HuT in Bezug auf die Außenpolitik der BRD

	Politische	Kulturelle
Direkte	Afghanistan Israel Gaza Arabischer Frühling	Islamkonferenz Islamfeindlichkeit Kulturelle Intoleranz/Dominanz, Identität
Indirekte	Wirtschaftsbeziehungen/ Waffenexport zu islamischen Staaten Israel Demokratieexport Demokratieförderung	Kulturelle Invasion Globalisierung

In Tabelle 1 sind die politischen und kulturellen Claims der HuT, welche sie direkt, beziehungsweise indirekt, zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik äußern, veranschaulicht.

Im folgenden Abschnitt werden ausgewählte Claims der HuT zur nationalen und internationalen Politik untersucht. Nationale und internationale Claims werden als Claim Kategorien ausgewählt, da HuT nationale und internationale Forderungen argumentativ politisiert und kulturalisiert, um die Themen für ihre Ziele zu rahmen. Nationale und internationale Forderungen fließen oft ineinander und sind nur schwer voneinander zu trennen. Politische und kulturalistische Argumentationsschemata eignen sich dafür sowohl Muslime in westlichen als auch islamischen Gesellschaften anzusprechen und für sich zu gewinnen. Anschließend lassen sich anhand der politischen und kulturalistischen Argumentationsschemata der Claims, die nicht-intendierten Folgen deutscher Außenpolitik auf die mobilisierende Rhetorik politischer Islamisten differenziert erfassen. Das framing

der HuT beschrieben, um zu verdeutlichen wie HuT die internationale Politik wahrnimmt, deutet und interpretiert.

Claims zur nationalen Politik

Der Fokus der Claims liegt auf Ereignisse, welche entweder die politische Situation der Muslime weltweit oder ihre kulturelle muslimische Identität betreffen. Zu den kulturellen Argumentationsschemata der HuT gehören Themen wie das Burka-Verbot in einigen europäischen Ländern sowie Urteile zu islamischen Ritualen und Religiosität in der Öffentlichkeit. Zunächst wird ein *diagnostic framing* vorgenommen, das die Sachlage aus der Sicht des Islam erklärt. Dazu gehören Gerichtsurteile gegen die Verschleierung und die negative öffentliche Meinung gegen Muslime werden.

Claim 1

(„Mit erhobenem Zeigefinger und kulturimperialistischem Sendungsbewusstsein schmettern die Richter des Bundesverwaltungsgerichts die Klage einer jungen muslimischen Schülerin ab, die lediglich um die Befreiung vom Schwimmunterricht gebeten hatte. Die 13-jährige Klägerin gilt auf ihrer Schule als Vorzeigeschülerin und beeindruckt regelmäßig durch Bestnoten, obwohl sie erst mit acht Jahren nach Deutschland immigrierte. Ein Paradebeispiel für gelungene Integration mag man im ersten Moment denken. Weit gefehlt! Die Richter stellten implizit klar, dass es bei der Integration weniger um Sprache oder um Bildung geht, sondern vielmehr um die Bekämpfung der islamischen Identität. Wer sich integrieren will, der möge die eigenen Wertvorstellungen aufgeben. Wer sich sträubt, wird per Gesetz gezwungen. Eine erbärmliche Kultur, die sich per Zwang Geltung verschaffen muss, statt intellektuell zu überzeugen!“⁸)]

Anschließend wird ein *prognostic framing* vorgenommen, welche die Muslime als religiöse Gemeinschaft definiert, sie eindeutig über ihre Rechte aufklärt und die Folgen für die Zukunft abschätzt.

8 http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_30130 (09.09.2013)

[(„Wir Muslime haben das Recht zu definieren, was der Islam erlaubt und was nicht. Das müssten die Richter im Lande eigentlich wissen, schließlich hat das Bundesverfassungsgericht die Deutungshoheit in religiösen Fragen deutlich den Anhängern dieser Religion zugesprochen. Der Staat und die Gerichte haben sich hier neutral zu verhalten. Es sind grade solche Entscheidungen des BVerwG, die die Achtung Andersdenkender erschwert, da sich viele islamophob eingestellte Bundesbürger und insbesondere Lehrer in ihrer Einstellung durch ein derartiges Urteil bestätigt fühlen. Darüber hinaus zeugt es von außerordentlicher Ignoranz, zu argumentieren, dass mithilfe von Zwang die Bildung einer Parallelgesellschaft vermieden werde. Ganz im Gegenteil drängt man die Muslime gerade dadurch in die Isolation, weil man ihnen ständig signalisiert, sie seien hier unerwünscht und nichts weiter als ein Fremdkörper in der Gesellschaft. Da auch auf die Gewaltenteilung in Deutschland nicht mehr zu zählen ist, weil die deutschen Gerichte de facto von der politischen Agenda im Lande dirigiert werden, sei den Muslimen angeraten, sich besser zu organisieren, ihre Rechte einzufordern und keinesfalls auch nur minimal von ihrer islamischen Identität abzurücken!“)]⁹

Die Gerichtsbarkeit demokratischer Institutionen wird nicht nur auf ihre rechtliche und politische Kompetenz hin in Frage gestellt, sondern auch als teilverantwortlich für die Bildung von Parallelgesellschaften verstanden. Mit der Aufforderung, Muslime bei sozialen und kulturellen Aktivitäten selbst entscheiden zu lassen, wird die Forderung nach kultureller Exklusion eingeklagt. Weil die Demokratie die soziale und kulturelle Integration aller Menschen auch per Gerichtsurteil durchzusetzen versucht, wird sie als kulturell intolerant und politisch gescheitertes System interpretiert.

Ein weiteres kulturalistisches Argument der HuT ist das Thema der Islamfeindlichkeit in Deutschland. Mit dem Themenkomplex Islamfeindlichkeit werden emotionalisierende Themen wie die Sichtbarkeit von Muslimen durch Verschleierung und nach außen gelebte Religiosität aufgegriffen. Es geht um Forschungsergebnisse einer vom Bundesinnenminister in Auftrag gegebenen Studie zu „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“, welche in der deutschen Öffentlichkeit Aufsehen erregt hatte. HuT sieht in den Äußerungen des

⁹ http://die-einheit.org/site02/index.php?option=com_k2&view=item&id=1963:stellungnahme-zum-schwimmunterricht-urteil&Itemid=133&tmpl=component&print=1 (20.02.2014)

Ministers als Vertreter des deutschen Staates, eine direkte Verbindung zur Entwicklung einer islamfeindlichen Meinungsbildung in der deutschen Öffentlichkeit.

Claim 2

[„Die vom deutschen Bundesinnenministerium in Auftrag gegebene Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ und insbesondere der populistische Kommentar des Bundesinnenministers in der Bild-Zeitung hat medial und politisch hohe Wellen geschlagen. Dass mit Pauschalisierungen, Drohungen und Anfeindungen gegen eine Minderheit das vorgebliche Ziel, die Integration der Muslime, ad absurdum geführt wird, scheint Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kaum zu interessieren. Dass die Studie selbst eine völlig andere Faktenlage im Hinblick auf die Radikalisierung junger Muslime nahelegt, wohl auch nicht. Es scheint, als sei die Studie gar nicht erst gelesen worden. Sarrazin klatscht Beifall. Die Tatsache, dass sich trotz aller islamfeindlicher Stimmungsmache in den letzten Jahren immer noch 78% integrationswillige Muslime finden lassen, könnte als überraschend positiv gewertet werden. Gewalt und Terror werden von fast allen Befragten (ca. 97,5%) abgelehnt. Die Bielefelder Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ zeigt hingegen, dass etwa 20% der Deutschen die Bereitschaft zeigen, selbst Gewalt zur Sicherung der eigenen Position auszuüben. Eine Lobeshymne auf die Muslime hätte folgen müssen.“]¹⁰

Die HuT nimmt eine ablehnende Position von Teilen der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der islamischen Kultur wahr. Sie interpretiert jedoch ihre Entstehung und Entwicklung als einen von der Politik geförderten Prozess, welcher dosiert, teils durch Forschungsergebnisse, teils durch Mitteilungen an die Bevölkerung verabreicht wird, um gegen die Muslime zu hetzen.

[„Die Studie belegt darüber hinaus, dass die medial vermittelten Stereotype und das Erlebnis der Stigmatisierung auf Seiten der Muslime die Identifizierung mit der deutschen Kultur erschwere. Die Bild-Zeitung und Innenminister Friedrich sind demnach Teil des Problems, nicht der Lösung. Laut Studie führe die fehlende gesellschaftliche Achtung und Akzeptanz der Muslime zu einem kollektiven Gefühl der Diskriminierung. Die

¹⁰ http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_24702 (09.09.2013)

wahrgenommene Bedrohung der eigenen Identität seitens der Muslime sei das eigentliche Problem. Folgerichtig fordern die Autoren der Untersuchung von der Mehrheitsgesellschaft (!) einen differenzierteren Umgang mit Religiosität und die Vermeidung von populistischen Verkürzungen. Der Innenminister trotz den Fakten und droht in gewohnt aggressiver Manier: „Wer Freiheit und Demokratie bekämpft, wird hier keine Zukunft haben!“¹¹

Auch hier diagnostiziert die HuT eine islamfeindliche Politik, welche, seit 2000, regierungsübergreifend versuchen würde die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung gegen Muslime und ihre Identität zu lenken. Die HuT interpretiert die deutsche Migrationspolitik als eine geplante Initiative gegen die Muslime, um von allgemeinen Krisen abzulenken.

[(„Die Zuspiegelung der Studie und das Interview im selbigen Boulevardblatt zeugt von einer geplanten Aktion, um den Druck auf die Muslime weiter zu erhöhen und die bis dato nicht definierte "Integration" mit erhobenem Zeigefinger zu erzwingen. Und da sie eben nicht klar definiert wurde, kann sie jeder nach Belieben interpretieren. Seitens der deutschen Politik wird sie offenbar mit Assimilation gleichgesetzt. So meinte bereits Ex-Innenminister Otto Schily: "Die beste Form der Integration ist die Assimilation." Nicht abwegig ist darüber hinaus das Ziel, die öffentliche Meinung derart islamophob aufzuheizen, dass in Zukunft die Ausweisung von Muslimen, mit oder ohne deutschen Pass, gesellschaftlich akzeptiert und vor allem durch Gesetzesänderungen auch juristisch durchsetzbar wird. Erfahrungsgemäß wird erst die Öffentlichkeit darauf eingestimmt, um dann entsprechende Gesetzesinitiativen folgen zu lassen. Ferner soll wohl der zunehmende Verlust von Wählerstimmen aus dem rechten Milieu verhindert werden, den man durch die Islamhetze in den letzten Jahren wohlgerne selbst zu verschulden hat. Zudem gilt es in Zeiten der Krise den Zorn der eigenen Bevölkerung von der Unfähigkeit der Politiker auf Minderheiten umzulenken, um das voranschreitende Auseinanderklaffen zwischen politischer Elite und Mehrheitsbevölkerung zu verhindern - hier wieder einmal auf Kosten der Muslime.“]¹²

¹¹ http://die-einheit.org/site02/index.php?option=com_k2&view=item&id=1268:presseverlautbarung-zur-schockstudie&Itemid=132 (20.02.2014)

¹² http://die-einheit.org/site02/index.php?option=com_k2&view=item&id=1268:presseverlautbarung-zur-schockstudie&Itemid=132&tmpl=component&print=1 (20.02.2014)

Das diagnostic framing der HuT, rahmt die politischen Eliten und den deutschen Staat negativ und macht sie direkt für die Muslim- und Islamfeindlichkeit verantwortlich. Folglich wird den Muslimen im prognostic framing nahegelegt, ein politisches Bewusstsein zu entwickeln und ihre kulturelle und religiöse Identität zu wahren. Im motivational framing, werden die Muslime motiviert ihre Stärken, ihr Wissen und ihren Glauben, nicht zu unterschätzen.

[(„Den Muslimen sei abermals ans Herz gelegt, dieser politischen Elite kein Vertrauen zu schenken. Vielmehr gilt es, ihre Kraft aus den eigenen Reihen zu schöpfen. Das Potenzial der Muslime in Deutschland ist zweifelsohne groß. Es muss jedoch aktiviert und organisiert werden. Nur so ist ein unabhängiger politischer Wille möglich. Nur so können die Interessen der Muslime effektiv vertreten werden.“)]¹³

Die allgemeine Darstellung des Islam und der Muslime in den deutschsprachigen Medien seit den Terroranschlägen des 11. Septembers, wird von der HuT als ein zentraler kultureller Claim verwendet. Die „Entfremdung“ der Muslime von der deutschen Gesellschaft wird von der HuT als konsequente Folge negativer Medienberichterstattung verstanden. Stereotypische Bilder über muslimische EinwanderInnen, welche ausschließlich vom Wohlfahrtsstaat leben und damit die Sicherheit und den Wohlstand der deutschen Gesellschaft bedrohen würden, wird von HuT negativ gerahmt um soziale und kulturelle Ängste der Muslime zu schüren. Folglich sollten sich die Muslime als eine Gruppe wahrnehmen und sozial desintegrieren, um ihre kulturelle islamische Identität zu bewahren.

13 http://die-einheit.org/site02/index.php?option=com_k2&view=item&id=1268:presseverlautbarung-zur-schockstudie&Itemid=132&tmpl=component&print=1 (20.02.2014)

Claim 3

(„Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft. Deutsche Politiker und die Medien sollten nicht gegen die Immigranten agitieren, sondern die muslimische Bevölkerung als eine Chance betrachten, um die zurückgehende Bevölkerungszahl auszubalancieren. Die bisherigen veröffentlichten ökonomischen und demographischen Statistiken dienen nur dem Zweck, Fremdenfeindlichkeit und weiteren Hass gegen die Muslime zu mobilisieren¹⁴„.)

Mit dem Aufbau kulturalistischer Argumentationsschemata, zielt die HuT auf eine schrittweise Desintegration hin zur Mobilisierung der Muslime in den Einwanderungsgesellschaften. Die nationalen Claims zielen auf alltägliche Erfahrungen von Muslimen, wie Benachteiligung und Demütigung. Diese Claims werden anschließend mit internationalen Claims verbunden, welche auf die Erniedrigung der Muslime durch Fremdherrschaft und Vertreibung zielen. Die Erfahrungen der Muslime, welche in nationalen und internationalen Claims thematisiert werden, dienen der Konstruktion einer kollektiven Identität der Muslime, welche sich als Teil einer unterdrückten Schicksalsgemeinschaft wahrnehmen soll (Eckert 2013: 14). Dieses emotionale Element des Claims-making von der HuT wird in den historischen Kontext eingebettet und mit prägenden Beispielen, wie den christlichen Kreuzzügen aus dem Mittelalter und der Expansion der Kolonialmächte in der früheren Neuzeit verglichen. Diese historischen Ereignisse werden von der HuT regelmäßig zitiert, um sie nahtlos mit der kulturellen und wirtschaftlichen Globalisierung sowie den militärischen Interventionen westlicher Staaten in den islamischen Ländern zu verbinden.

14 Explizit Journal 1/2002

Claim 4

(„[Während der Kreuzzüge im Mittelalter, wurde das Christentum als Vorwand für den ökonomischen Hunger europäischer Mächte benutzt, um in muslimischen Boden einzumarschieren und ihn zu plündern. Sie mordeten und unternahmen alles um die muslimische Bevölkerung zu reduzieren. Das Kalifat regiert aber gerecht und wird die Kreuzzüge der Westmächte rächen¹⁵.]“).

Im prognostic framing gibt es für die HuT nur ein politisches Modell, welches die Muslime beschützen und die ihnen widerfahrene Ungerechtigkeit ausgleichen kann. Das Kalifat dient zu gleich als politisches Modell und Utopie. Es ist sowohl die Lösung als auch die Motivation für die Muslime, um ihnen Wohlstand und Schutz vor Unterdrückung zu gewähren. Die kulturalistischen Argumentationsschemata vermischen sich mit den politischen Argumentationsschemata, da die HuT die kulturellen Einflüsse durch die frühere Kolonialzeit und heutige Globalisierung als wesentliche Gefahr für die islamische Kultur einstuft. Bereits im Zeitalter des Kalifats hätten schwache Herrscher, unter anderem die Sultane des osmanischen Reiches, Elemente der westlichen Staats- und Rechtsdoktrin in die islamische Politik- und Rechtslehre integriert und sie damit unterminiert. Heute intervenieren westliche Werte durch die Globalisierung in das soziale Leben der Muslime (HuT 1998: 166). Eine prägnante Besonderheit des politischen Islamismus ist dessen theoretische und konzeptionelle Auseinandersetzung mit westlichen Konzepten wie dem Patriotismus, Nationalismus und Sozialismus. Der Gründer der HuT beschreibt solche Konzepte lediglich als einen Versuch die Bevölkerung der jeweiligen muslimischen Länder zu verwirren (An-Nabhani 1998b:175):

¹⁵ Explizit 1/2001

Claim 5

(„[Das Konzept des Nationalismus wurde vom Westen implementiert, um im islamischen Staat, das heißt vom Balkan..und vielen anderen Ländern Wurzeln zu schlagen.]“)

Diese Konzepte sollen den Eindruck erwecken, dass westliche Ideen und islamische Fundamente in der Gesellschaft miteinander im Einklang zu bringen sind. Die westlichen Konzepte verfolgen der HuT nach nur den Sinn, die muslimische Bevölkerung gefügig zu machen und die islamische Gemeinschaft durch nationale Aufteilungen zu spalten. Jede ethnische Fragmentierung schwäche die politische Mobilisierung der muslimischen Umma. Die HuT sieht in den vom Westen geförderten und exportierten Ideen des Nationalismus, Patriotismus, arabischen Sozialismus, aber auch der religiösen Schisma zwischen Schiiten und Sunniten die Beschädigung der Idee der Umma (An-Nabhani 1998a: 7):

Claim 6:

(„[Kolonialismus vergiftet die Gesellschaft mit dem Patriotismus, Nationalismus und Sozialismus..um die Entstehung des islamischen Staates und die Einheit der islamischer Länder trotz kultureller, ethnischer und sprachlicher Differenzen zu verhindern, obwohl sie doch alle zu einer Umma gehören, gebunden an der islamischen 'Aqeedah' Glauben aus dem sie hervorgehen.]“)

Für die HuT ist die kulturelle Dominanz des Westens nicht nur ein Indikator für die unterdrückte kollektive muslimische Identität, sondern eine Herrschaftsform, um die Mobilisierung politischer Organisationen in islamischen Ländern zu unterbinden. Islamische politische Bewegungen sollen somit geschwächt werden.

Die kulturalistischen Argumentationsschemata zu Themen wie z.B. der Immigration werden mit den politischen Argumentationsschemata, wie die Historie und Entwicklung eines gemeinsamen islamischen Staates verbunden. Mit dieser Verbindung zielt die

Rhetorik der islamistischen HuT auf die kulturelle Desintegration und politische Mobilisierung von Muslimen. Diese sind auf Grund von Vorurteils- und/oder Diskriminierungserfahrungen mit ihrer sozialen und kulturellen Stellung in den westlichen Staaten unzufrieden. Zudem ergänzt die HuT Claims zur internationalen Politik, um deren Aufmerksamkeit und Empörung über die politische Lage in den muslimischen Staaten zu erregen. Die Claims der HuT zur internationalen Politik sollen diese Positionen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft untermauern.

Die internationale Politik nütze zum einen den Massenmedien, um die Aktionen der Muslime und ihre Arbeit für den Islam als Terrorismus darzustellen. Bezeichnend für die grenzübergreifende Thematisierung nationaler und internationaler Claims ist die aus der Sicht von HuT angewandte Doppelmoral westlicher Politik. Während Muslime, welche ihre Familien und Territorien verteidigen, als Terroristen verurteilt werden, würden kapitalistische Demokratien wie Deutschland Gewalt und rassistische Übergriffe gegenüber muslimischen Immigranten hinnehmen.

Claim 7

(„[Nationalismus und rassistische Attacken gegen Ausländer haben das Image Deutschlands weltweit beschädigt. Die Kultur und Werte, die im Fernsehen gefördert werden, haben die Hemmschwelle der Jugend gesenkt, um Gewalt gegen Andere auszuüben. Hooliganismus und Nationalismus gehören mittlerweile zum Bestandteil der westlichen Kultur. Rassismus ist eine natürliche Krankheit des westlichen Kapitalismus und kann nur durch den Islam kuriert werden]“).¹⁶

Islamfeindlichkeit und Rassismus werden mit der Außenpolitik westlicher Staaten in Verbindung gesetzt. Hoch emotional sensibilisieren sie die Adressaten der HuT auf die gemeinsame Solidarität unter Muslimen:

¹⁶ Explizit Journal 6/2001

(„[Islamophobie und Rassismus gegen Muslime sind von den Ideen erschaffen worden, welche ebenso die Erschaffung der Idee des terroristischen Muslims vorangetrieben haben. Sobald Muslime egal wo in der Welt mit politischer Gewalt und Krieg konfrontiert werden, sind Muslime in Europa davon betroffen. Nach dem Fall des Kommunismus, braucht der Westen einen neuen Feind.]“).¹⁷

Hinsichtlich der Debatte um Muslime und der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland, verbindet HuT ihre Kritik zu westlichen Konzeptionen und dem Modell der Demokratie mit der eigenen Ideologie. Nur das Kalifat kann die deprivierten Muslime der muslimischen Umma vor Ungleichheit und Unterdrückung schützen. Nennenswert ist der ideologische Vergleich zwischen demokratischen und totalitären Systemen, welche in ihrer intoleranten Haltung gegenüber alternativen gesellschaftlichen Ideen wie dem Islam, Gemeinsamkeiten teilen (HuT Internet Material):

Claim 8

(„[Islam ist nicht Teil der BRD und des Westens. Das Problem ist nicht, wie der Islam vom Westen und den Muslimen betrachtet wird, sondern die reine Unfähigkeit der säkularen kapitalistischen Ideologie und deren demokratischem Modell, andere Gesellschaftsmodelle zu akzeptieren. Die Demokratie in der UK, BRD und anderen europäischen Staaten ist in Gefahr, weil sie mit dem Begriff „Demokratie“ Schandtaten legitimieren und mit säkularen Elementen alles monopolisieren wollen. Auch die Kommunisten und Diktatoren wie Saddam Hussain haben versucht alles zu monopolisieren und zu unterdrücken. Das Islamische Kalifat erlaubt den Menschen Mensch zu sein, weil nur Gott über ihnen steht.]“)

Claims zur internationalen Politik

Auf das außen- und sicherheitspolitische Engagement der Bundesrepublik Deutschland, geht HuT mit einer Kombination direkter und indirekter politischer Claims ein. Im

¹⁷ Explizit Journal 1/2002

Vordergrund direkter Claims, steht der Einsatz der Bundeswehr im Auftrag der Bundesregierung in Afghanistan. Indirekte Claims betreffen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu den islamischen Ländern, welche mit den „Kufr“ den Ungläubigen kooperieren und die islamische Bewegung zugunsten ihrer Macht unterdrücken.

Claim 1

(„[Jede Veränderung muss zuerst im Kopf beginnen. Die politische Ordnung wird nicht in Europa angestrebt verändert zu werden, sondern die Darstellung des Islam als Lebensordnung. Der Staat Israel ist der raubende Aggressor der auf Kosten der Muslime und Christen, Land gewonnen hat. Die BRD hat stets ein gutes Verhältnis zur islamischen Welt und war nicht von Kolonialismus und Ausbeutung vorbelastet. Allerdings seien der Maji Aufstand und die Niederschlagung der Herero in Deutsch-Afrika Indiz brutaler Kolonialpolitik. Deutschland täte gut daran, sich aus den Konflikten im Nahen Osten herauszuhalten, da die korrupten Regime zusammenfallen werden und Israel auch. Uzbekistans Islam Karimov, Gaddafi und Saddam haben Torturen gegen Muslime ausgedacht, um sie von den Ideen der HuT abzubringen. Wer dies aushält, wird sich nicht von den Mitteln eines Otto Schily einschüchtern, lassen.]“)¹⁸

Claim 2

(„[Die Menschen in Afghanistan sind der eigentliche afghanische Widerstand. Sie widersetzen sich nicht in ihren Häusern den amerikanischen, britischen, deutschen und niederländischen Soldaten in ihren Häusern, weil sie alle unvernünftige "Taliban Muslim Monster" sind, sondern weil sie ihr Leben und ihre Gesellschaft selbst gestalten wollen ohne dies von Soldaten auferlegt zu bekommen. Sie wollen sich von niemandem vorschreiben lassen, was für sie gut und böse ist. Die Muslime in Afghanistan wollen islamisch leben und diese Form ist der islamische Staat Al Kalifat¹⁹.]“)

Die HuT berichtet über Anschläge, Militäreinsätze der NATO Truppen, bewaffnete Konflikte zwischen den Einheimischen und den ausländischen Truppen sowie über die

¹⁸ Explizit 4.11.2002

¹⁹ http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_6476 (12.08.2013)

Proteste der lokalen Bevölkerung. Sie interpretiert in ihrem diagnostic framing den Einsatz internationaler Truppen in Afghanistan, als neue Besetzung durch ehemalige Kolonialmächte, die versuchen würden die politische Macht mit Gewalt und Korruption zu kontrollieren²⁰:

Claim 2

(„[Während einer Demonstration gegen einen Bundeswehrstützpunkt in Talokan sind am 18.05.2011 Agenturberichten zufolge mindestens zwölf Menschen erschossen worden...Sie waren wenige Stunden zuvor beim nächtlichen Überfall eines NATO-Killerkommandos, vermutlich einer US-amerikanischen Spezialeinheit, erschossen worden...Obama hat wiederholt öffentlich versprochen, ab Juli dieses Jahres mit dem Abzug der US-Kampftruppen aus Afghanistan zu beginnen. Im Schlepptau Washingtons haben die Bundesregierung und der ehemalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ähnliche Vorstellungen geäußert. Gemäß auf dem NATO-Gipfel in Lissabon Ende November 2010 beschlossenen Pläne, sollen die afghanischen Marionettentruppen bis Ende 2014 derart kampftüchtig gemacht werden, dass die US- und NATO-Kampftruppen zu einem guten Teil abgezogen werden können. Dadurch soll das Sterben westlicher Soldaten und der Protest zu Hause wegen erhöhter einheimischer Opferzahlen vermieden werden. Zugleich jedoch wollen sich US-amerikanische und europäische Neokolonialisten die Fäden der politischen Kontrolle über die wichtige geostrategische Position am Hindukusch nicht wieder aus den Händen gleiten lassen, woraus sich der Drang zu permanenten Militärbasen erklärt.]“)

Die Claims an Deutschland sich aus den politischen Prozessen der islamischen Welt herauszuhalten werden indirekt unter der Berücksichtigung internationaler Spannungen und Ereignisse wie Afghanistan, Gaza und dem „arabischen Frühling“ geäußert. Die Außen- und Sicherheitspolitik der deutschen Bundesregierung wird als eine von den USA dominierte und diktierte Politik hervorgehoben. Jedoch profitiert aus der Sicht der HuT die deutsche Rüstungsindustrie von Kriegsaufträgen autoritärer Regime wie Saudi Arabien. Im

²⁰ http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_17106 (23.11.2013)

diagnostic framing der HuT, wird die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als weitere Säule ihrer Außenpolitik wahrgenommen. Deutschland versuche sich nicht allein militärisch, sondern dank einer wachsenden Ökonomie, auch politisch in die islamische Welt einzumischen. Deutschland vertrete zwar die eigenen Interessen, die Einflussnahme wirke sich über der Ökonomie hinaus auch politisch, sozial und kulturell auf die islamische Gemeinschaft aus. Dies behindere die islamische Bewegung und ihr Bestreben den islamischen Staat aufzubauen.

Claim 3:

(„[Nachdem der fragwürdige Titel „Exportweltmeister“ von Deutschland an die Volksrepublik China abgegeben werden musste, versuchte Bundeskanzlerin Merkel auf ihrer Afrikareise wenigstens den Platz drei der Rüstungsexportnationen für Deutschland zu sichern. Im Stil einer Drückerkolonie der bundesdeutschen Rüstungsindustrie werden Waffen an reaktionäre Regimes geliefert, die sich laut Beschreibung der Herstellerfirmen bestens eignen, mit „asymmetrischen Kampfaufträgen“ fertig zu werden. Der Weg vom „Arabischen Frühling“ zum „Panzer-Sommer“ scheint ein kurzer zu sein für die Bundesregierung. Den wohlfeilen Worten über die vermeintlichen Revolutionen im Nahen Osten folgte das beredte Berliner Schweigen, als saudi-arabische Truppen die Aufstandsbewegung im benachbarten Bahrain blutig niederschlugen. Ungerührt bringen deutsche Experten weiter das saudische Grenzüberwachungssystem und seine Grenzschrützer auf Vordermann. Und nun sollen selbst Kampfpanzer an das Königreich des „schwarzen Goldes“ geliefert werden, nachdem man dem autoritären Monarchen schon eine Fabrik für Sturmgewehre in den Wüstenboden gesetzt hat. Zwischen 2004 und 2009 stiegen die deutschen Rüstungsexporte um 70 %; (M. Maus in AZ 12.7.11) schon unter der rot/grünen Bundesregierung von 2005 bis 2008 haben sich die Exportgenehmigungen für deutsche Rüstungsgüter vervierfacht...2005 genehmigte Rot/Grün den Verkauf von 300 Leopard-Panzern an den NATO-Partner Türkei, wo immer wieder deutsche Waffen gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden.]“)²¹

21 http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_16679 (19.09.2013)

Deutschlands Waffenexporte in alle Welt aber vorwiegend in die islamischen Länder von Marokko bis Indonesien, sowie die Finanzierung von israelischen U-Booten mit „deutschen Steuergeldern“, werden von der HuT als profitorientierte Rüstungspolitik verstanden. Dabei hebt die HuT hervor, dass es in den vergangenen dreizehn Jahren keinen Unterschied zwischen einer Rot-Grünen Mitte-links und einer Schwarz-Gelben Mitte-rechts Regierung gebe. Die kapitalistische und profitorientierte Rüstungsindustrie zwingt jede deutsche Regierung, die Exporte in despotische Staaten fortzuführen. Die militärische Intervention durch NATO-Truppen in islamische Länder und die sicherheitspolitische Kooperation zwischen den westlichen Staaten, werden als geopolitische Strategie verstanden, die darauf zielt muslimisches Territorium zu erschließen, und die Bodenschätze und Rohstoffe zu plündern. Die HuT kritisiert auch Ereignisse wie die jährliche Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2012, in der die Rolle Deutschlands hinsichtlich der Planung, Koordinierung und Ausübung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen eine beachtende Position einnimmt. Hinsichtlich ihrer Außen- und Sicherheitspolitik, stellt HuT das politische System und ihre in Frage. Durch ausgewählte und gut vernetzte Vertreter in den Medien, versuche das politische System die öffentliche Meinung, die Ergebnisse der Akademiker und die Zivilgesellschaft zu beeinflussen, um ihre Kriege demokratisch zu legitimieren²²:

Claim 4

(„[Auch nach Auffassung des Konferenzleiters Wolfgang Ischinger soll Deutschland beim Kampf um die internationale Vorherrschaft eine stärkere Rolle einnehmen und seine „nationalen Interessen“ klarer definieren. Als Problem erweist sich hierbei, dass die deutsche Bevölkerung - mit ganz anderen Problemen konfrontiert - sich mit diesen von den Eliten definierten „nationalen Zielen“ noch nicht vollends identifiziert und daher Kriege zu deren Durchsetzung momentan ablehnt. Ischinger begründet dies mit einem zu

22 http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_17380 (05.01.2013)

überwindenden „deutschen Seelenzustand“; die Deutschen hätten sich in den Status Quo verliebt und die „politische Gesellschaft“ in ein „Niedrigenergie-Land“ verwandelt. Es sei eine gewaltige Aufgabe, die Deutschen für neue, kostspielige strategische Ziele zu begeistern.]“)

Im Gegensatz zu den USA, welche stets direkt und in Form sehr scharfer Rhetorik als imperialistische Kriegsmacht angegriffen werden, gehen die Claims der HuT abwechselnd indirekt und direkt auf das deutsche Engagement in Afghanistan ein. Dies lässt sich möglicherweise an der verhältnismäßig geringen Militärpräsenz der Bundeswehr und ihrer Beteiligung an bewaffneten Konflikten in Afghanistan zurückführen. Das Engagement westlicher Staaten in der Region, wird im historischen Kontext als Verlängerung der imperialistischen Politik interpretiert:

Claim 5

(„[Dem Kampf in Pakistan kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn die USA, Deutschland, die EU und weitere Staaten können mit einem „begrenzten“, noch Jahre dauernden Krieg in Teilen Afghanistans, der das Marionettenregime in Kabul nicht unmittelbar zu stürzen droht, leben. Ein solcher „innerer“ Krieg bietet sogar einen guten Vorwand für eine dauerhafte Präsenz in einer für die (Neu-)Aufteilung der Welt entscheidenden Region. Auf der anderen Seite aber kann eine weitere Destabilisierung Pakistans einen unverzichtbaren US-Verbündeten in der Region ins Wanken bringen. Das hätte für den US-Imperialismus, aber auch für alle anderen größeren Mächte, die um Einfluss in der Region kämpfen (EU, China, Russland, Indien), unkalkulierbare Risiken zur Folge, die sie natürlich vermeiden wollen.]“)²³

Die HuT delegitimiert mit weiteren Claims die Motive des Militäreinsatzes in Afghanistan. Die Korruption der afghanischen „Marionettenregierung“ und die stetige Präsenz ausländischer Truppen zeigen, dass die Etablierung der Demokratie und der Aufbau des Landes nur als Vorwände benutzt wurden:

²³ http://www.die-einheit.org/index.php?option=com_k2&view=item&id=893:die-nato-offensive-in-afghanistan-oder-die-afghanisierung-des-krieges&Itemid=201 (22.09.2014)

Claim 6

(„[Es hat auch nichts mit der Etablierung von Demokratie, Frauenrechten, zivilem Wiederaufbau oder ähnlichen Lügenparolen zu tun, die seit Beginn des Überfalls auf Afghanistan für die Besatzung herhalten...Doch die Geschichte hat nur zu oft gelehrt, dass Vasallen ausgewechselt werden, sobald sich ein geeigneter Ersatz findet. Gedankt wird es jedoch keinem von ihnen. Hier seien nur Saddam Hussein und Musharraf erwähnt. Dass aus den vollmundigen Versprechen der Aggressoren nichts wird, gestehen sie inzwischen selbst ein. So erklärte der neue Kriegsminister zu Guttenberg in der FAZ am 11. November, „dass man in Afghanistan an Grenzen stößt, wenn man von einer Demokratie westlichen Stils zu träumen beginnt.“ Welch schöne Umschreibung für eine korrupte, prowestliche Marionettenregierung mit periodischen Scheinwahlen.]“)

Die Unterscheidung zwischen indirekten und direkten Claims darf nicht darüber hinweg täuschen, dass Deutschland als westlicher Aggressor und Teil einer Allianz der „Kafr“, der Ungläubigen, wahrgenommen wird. Die demokratischen Debatten innerhalb der politischen Institutionen aber auch in der deutschen Öffentlichkeit werden von der HuT als unglaubwürdig befunden. Dies liegt unter anderem an der Verlängerung des Bundeswehrmandats durch den Bundestag sowie den Militäreinsatz der Bundeswehr²⁴:

Claim 7

(„[Die deutsche Regierung mischt bekanntlich seit Beginn der Okkupation in Afghanistan führend mit. Daran ändert auch der immer unhaltbarer gewordene Versuch des Verteidigungsministeriums nichts - insbesondere von Ex-Minister Jung - zu leugnen, dass die Bundeswehr Krieg führt. Der Verlängerung des Mandates durch den Bundestag tut das natürlich keinen Abbruch. Auch wenn die Bundesregierung der Forderung Obamas nach mehr Soldaten ursprünglich nicht nachkommen wollte, so hat sie dennoch am 28. Januar, dem Tag der Londoner Afghanistan-Konferenz, einer beachtlichen Truppenaufstockung zugestimmt. Darüber hinaus will sie auf jeden Fall ihren Beitrag zur Ausbildung von afghanischen Soldaten und Polizisten verstärken. Die Lügen-Affäre um Ex-Minister Jung und die Ablösung von Generalinspekteur Schneiderhahn verdeutlichen aber auch den verzweifelten Versuch, die Realität des Krieges durch eine angebliche „neue Transparenz“

24 http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_7350 (19.12.2010)

weiter hartnäckig zu leugnen. Das Bombardement afghanischer Zivilisten ist eben kein Ausrutscher der Bundeswehr oder gar nur eines einzelnen Kommandeurs, sondern die Realität imperialistischer Kriegsführung. Die Ermordung und Terrorisierung der Zivilbevölkerung ist kein neues Phänomen und wird trotz aller Lippenbekenntnisse von Militärs und Politikern systematisch fortgesetzt werden, solange die NATO und ihre Verbündeten in Afghanistan bleiben.]“)

Folglich lässt sich das internationale Engagement der Bundesrepublik Deutschland in einem Claim der HuT zusammenfassen²⁵:

Claim 8

(„[Worum es beim Krieg jedoch wirklich geht, wird im Ausschuss hübsch im Dunkeln gelassen. Die BRD, die NATO und die USA führen einen illegitimen, imperialistischen Krieg in Afghanistan, als Teil ihres Kampfes für eine Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens, im Kampf um den Zugang zu wichtigen Rohstoffen und Transportwegen, vor allem aber, um ihre geostrategische Position in einer zentralen Region der Erde zu sichern.]“)

Aus historischer Sicht gibt es für HuT eine positive Korrelation zwischen dem Krieg und dem Kapitalismus. Der Industriesektor kapitalistischer Demokratien brauche für sein Exportwachstum die Sicherung von Ressourcen und Absatzmärkten. Kriege sind demzufolge die logische Konsequenz von globalen Wettkampfskämpfen zwischen konkurrierenden kapitalistischen Wirtschaftssystemen²⁶:

Claim 9

(„[Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist [...].]“)

25 http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/contents/entry_7350 (19.12.2010)

26 http://www.hizb-ut-tahrir.info/info/deutsch.php/category/categ_506/page_10 (16.11.2013)

Im prognostic framing verdeutlicht die HuT, die Relevanz des Themenschwerpunktes Afghanistan und warum dieser Konflikt für die muslimische Gemeinschaft richtungsweisend ist (HuT: 2010 May):

Claim 10

(„[Auch für die islamische Welt ist dieser Krieg von enormer politischer Bedeutung. Afghanistan ist exemplarisch für das Verhältnis zwischen dem kapitalistischen Westen und dem Islam. Wie kaum ein anderer Krieg demaskierte er die wahren Absichten des Westens und seiner Vasallen in den islamischen Ländern.]“)

Für HuT sind nicht nur die historischen Erfahrungen, sondern vor allem die aktuellen Kriege und Interventionen westlicher Staaten in der muslimischen Welt Ausdruck einer westlich dominierten Fortsetzung der Kolonialpolitik. Dies werde am Beispiel der deutschen Außenpolitik deutlich, in der wirtschaftliche und politische Interessen ausgedrückt und vertreten werden. Durch politische und wirtschaftliche Beziehungen zu den islamischen Ländern, würden westliche Staaten ihre vorwiegend säkulare Kultur den muslimischen Ländern aufzuzwingen. Als kapitalistische Demokratie unterdrücke die Bundesrepublik die islamische Kultur im Inland. Dies würde anhand zahlreicher Beispiele, wie dem Urteil zum Schwimmunterricht, der Kopftuchdebatte oder der Veröffentlichung der Muhammad Karikaturen deutlich. Deutschland versuche aber auch, nach außen eine Politik der Säkularisierung voranzutreiben und den Muslimen westliche Werte aufzuzwingen²⁷:

27 <http://www.khilafah.com/index.php/concepts/general-concepts/17343-debunking-10-myths-amongst-the-ummah>
(12.09.2013)

Claim 12

(„[Rather the attack is notably carried out by all of the current superpowers of the world including America, Britain, France, Russia, Germany who work tirelessly to malign the political elements of Islam and secularise the deen so that Muslims across the globe adhere to the Western values such as the freedom to obey your desires as oppose to adhere to the Shariah of Allah.]“)

Erneut werden politische und kulturelle Argumentationsschemata miteinander verbunden. Innenpolitische Themen, wie die Marginalisierung muslimischer Migranten werden mit der Außenpolitik des Westens gegenüber muslimischen Ländern in Verbindung gesetzt²⁸. Deutschlands rassistisch getöntes Weltbild schließe Masseneinwanderungen aus. Jedoch müsste Deutschland, zwischen den ungeliebten Ausländern, und der Bedrohung biologisch unterzugehen, wählen. Die Angst einer Entchristlichung Europas durch Muslime die, bald die Mehrheit stellen könnten, nährt diesen Rassismus. Die laizistische Ordnung der BRD steuert das Verhalten ihrer Bürger und will ein Übertreten ihrer Bürger zum Islam vermeiden. Die Angst vor dem Ausländer wird auf Kosten der Muslime mit dem Islam kombiniert. Mit dem Ende des Ost-West Konflikts ist nicht mehr die Sowjetunion, sondern der Islam das neue Feindbild der kapitalistisch-demokratischen Systeme. Der islamische Staat ist kein ziviler Staat und schließt deshalb die Muslime nicht aus dem öffentlichen Leben aus²⁹. Die HuT fokussiert sich in diesem Zusammenhang auf Claims die durch „Ungerechtigkeit Frames“ konstruiert werden. Die Muslime der Umma teilen ein kollektives Schicksal. Deutschland würde eine Verantwortung zuteil werden, indem es sich indirekt an Militärschläge gegen muslimische Kinder in Libyen und Gaza beteilige. Dies zeige sich durch die Unterstützung Deutschlands mit logistischen oder finanziellen Mitteln an amerikanische und israelische Kampfjets. Diese Außenpolitik wird als „Somalisierung“

28 Explizit 2001/2002

29 HuT 2010

und „Afghanisierung“ muslimischer Regionen interpretiert, die nur das Ziel habe, die muslimische Umma zu spalten und die islamische Identität zu unterdrücken. Die Absage Deutschlands an die USA zum Einmarsch in den Irak 2003 und die darauf folgende Enthaltung der Bundesregierung im UN Sicherheitsrat, werden von HuT wahrgenommen und als taktisch motivierte Züge verstanden³⁰. HuT differenziert durchaus Interessenskonflikte zwischen außenpolitischen Motiven der USA und europäischen Staaten. Die Unterdrückung der muslimischen Identität durch die Implementation westlicher Werte und Demokratie, werden als die entscheidende Gemeinsamkeit aller westlichen Staaten verstanden.

Fazit

Die HuT ruft nicht direkt zur Gewalt auf, wirft aber im Hinblick auf politische und kulturalistische Argumentationsschemata Fragen zum Umgang der Muslime mit nationalen und internationalen Konflikten auf. Zum Beispiel werden Muslime die in Syrien, als muslimische Geschwister unterdrückt werden, aufgerufen politische und intellektuelle Interaktionen zu gestalten. Die 'Marhalat al taf ul' (Interaktionsphase) bildet für die HuT einen methodischen Baustein für die darauffolgenden (politischen Aktionen) 'amaliyaat al siasiyaa'. Derzeit ruft die HuT die Muslime auf, sich für die Nusrah-Phase zu engagieren, um den Kampf mit den autoritären Regimen wie Syrien, Usbekistan und der ägyptischen Militärregierung aufzunehmen. Derzeit befindet sich die HuT in der Nusrah-Phase, in der sie materielle und nicht materielle Ressourcen aufbaut, um diese für den Kampf zu verwenden.

³⁰ Dies belegen zahlreiche Dokumente der HuT zwischen 2003 und 2006, welche auf Grund des internationalen Kontextes hauptsächlich in Englisch veröffentlicht wurden: <http://english.hizbuttahrir.org/index.php/middle-east/questions-a-answers/311-qaa-greater-mid-east-initiative> (22.10.2013)

Die Ungerechtigkeit und die kollektiven Frames sind die Hauptmerkmale, der in den Protestforderungen aufkommenden Rhetorik der islamistischen Hizb ut-Tahrir. Die historische und gegenwärtige „Vorherrschaft des Westens“ wird als Ursache für das Leid der Muslime auf der ganzen Welt diagnostiziert. Das politische Bewusstsein der Muslime in der globalen Umma müsse laut der HuT erweckt werden. Die HuT prognostiziert die Relevanz zur Entdeckung eines muslimischen Bewusstseins, welches sich nicht von den manipulierenden Informationen der Medien benebeln lassen dürfe. Die intellektuelle Rhetorik, eine theoretische und historische Auseinandersetzung mit Konzepten, wie dem Nationalismus und Kapitalismus, sowie emotionalisierende Kollektivkonstruktionen, wie dem „Wir unterdrückten Muslime“, werden mit den Ideologiesäulen der HuT, der Revolution und dem Kalifat kombiniert. Die politisierte Rhetorik von HuT, verführt junge Anhänger, die nach sozialer und kultureller Anerkennung suchen. Junge Muslime werden für internationale Konflikte sensibilisiert, da sie sich durch die Kombination nationaler und internationaler Claims, als Teil einer globalen politischen Bewegung verstehen können. Internationale Konflikte, wie der Krieg in Afghanistan oder der Israelisch-Palästinensische Konflikt, werden, anhand kulturalistischer Argumentationsschemata, zu historischen Schlüsselkonflikten zwischen der islamischen und christlichen Welt zugespitzt. Politische Argumentationsschemata spitzen die Kommunikation zu einem Kampf der Systeme, zwischen westlich-kapitalistischer Demokratie und dem islamischen Kalifat.

Nationale Claims emotionalisieren die Adressaten, da sie die Unterdrückung der Muslime in den „säkularen“ europäischen Gesellschaften, insbesondere Deutschlands thematisieren. Die Notwendigkeit zur Konstruktion einer muslimischen Identität, wird durch die kulturelle und rassistische Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung gerechtfertigt (Roy 2005). Die muslimische Bevölkerung dürfe sich unter keinen Umständen einer kulturellen Integration aussetzen. Die Folgen wären die Unterdrückung der Muslime und

der Verlust ihrer Identität. Die außen- und innenpolitische Unterdrückung der Muslime durch westliche Staaten, wie die Bundesrepublik, kann nur durch die Errichtung des Kalifats beendet werden. Bewegungsspezifisch ist der interaktive und konstante Austausch der HuT mit Mitgliedern und Anhängern, die in regulierten Foren Fragen und Antworten zu politischen Themen austauschen.

Der Versuch der HuT und weiteren panislamistischen Bewegungen, die islamische Gemeinschaft Umma zu vereinen, dürfte, nicht zuletzt wegen diverser politischer und kultureller Strömungen, fehlschlagen (Ferdowsi 2007: 112). Die internationalen Spannungen innerhalb der arabischen Welt, weisen auf weitere Konflikte entlang politischer Systeme, ökonomischer Interessen und ethnisch-religiösen Differenzen hin. Die Irak Invasion in den Kuwait 1990, der libanesische Bürgerkrieg, der afghanische Bürgerkrieg, der iranisch-irakische Krieg, der Palästina Konflikt, der irakische und syrische Bürgerkrieg heben die zentralen Schwächen der Idee einer homogenen islamischen Gemeinschaft hervor. Diese wäre nur schwer vorstellbar von einer einzigen religiös legitimierten Instanz zu regieren. Dennoch hat der politische Islamismus weder an Ausstrahlung noch an Anziehungskraft verloren. Die revolutionäre Rhetorik spricht enttäuschte Individuen an, welche sich sozial und kulturell depriviert und teils marginalisiert fühlen. Die HuT bietet dabei konkrete Ansätze nach alternativen Gesellschaftsformen, für Menschen die sich weder politisch, sozial noch ökonomisch als teilnehmende Individuen einer Gemeinschaft wahrnehmen. Politische Islamisten bedienen sich diesen Forderungen nach sozialen und politischen Alternativen. Wie jede soziale Bewegung streben sie einen politischen und gesellschaftlichen Wandel an. Die HuT verknüpft ihre Ideen mit der Notwendigkeit zum Erwachen eines politischen Bewusstseins, um die Muslime im Anschluss für die Realisierung der politischen Utopie, die Errichtung Kalifats, zu mobilisieren.

Literatur:

- An-Nabahani, Taqiyuddin (1998a): Hizb ut-Tahrir - The Party Structure. Al Khilafah Publications, London
 - An-Nabhani, Taqiyuddin (1998b): Hizb ut-Tahrir -The Islamic State. Al Khilafah Publications, London
 - Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. In: Annual Reviews Sociology. (26), pp. 611-639
 - Berman, Paul (2004): Terror und Liberalismus. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg
 - Bundesministerium des Innern (2013): Verfassungsschutzbericht, Berlin
 - Dantschke, C. (2009). Zwischen Feindbild und Partner: Die extreme Rechte und der Islamismus. In: Braun, S., Geisler, A., Gerstern, M., (Eds.) Strategien der extremen Rechten: Hintergründe-Analysen-Antworten. VS Verlag Wiesbaden.
 - Della Porta, Donatella/ Diani, Mario (2006): Social Movements: An Introduction. Blackwell Publishing LTD
 - Eckert, Roland (2013): Radikalisierung – Eine soziologische Perspektive. In: Deradikalisierung. Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 11-17
 - Ferdowsi, Mir. A (2007): Islamischer Fundamentalismus – (k)ein Kampf der Kulturen? In: Weltprobleme (Hrsg.) Ferdowsi, Mir. A. Bundeszentrale für politische Bildung
 - Hamid, Sadek (2007): Islamic Political Radicalism In Britain: The Case of Hizb-Ut-Tahrir. In: Islamic Political Radicalism: A European Perspective (Ed. Abbas, Tahir). Edinburgh University Press
 - Hizb-ut-Tahrir (2010): Muslimernes Rolle I Vesten. Hizb-ut-Tahrir Skandinavien Conference Paper. Copenhagen.
 - Hizb-ut-Tahrir (2000-2003): Explizit. Das Islamische Journal
 - HuT a 2001
 - Hizb ut-Tahrir (1998): The Islamic State. Al Khilafah Publications, London
-

-
- Hizb-ut-Tahrir (1997): Dangerous Concepts to attack Islam and consolidate the Western culture. Al Khilafah Publications. London
 - Hizb-ut-Tahrir (1995): Democracy is a System of Kufr. Al- Khilafah Publications. London
 - Husain, Ed (2007): The Islamist: Why I joined radical Islam in Britain, what I saw inside and why I left. Penguin Books
 - Mozaffari, Mehdi (2007): 'What is Islamism' History and Definition of a Concept. In: Totalitarian Movements and Political Religions, 8:1, pp. 17-33
 - Olesen, Thomas (2009): Social Movement Theory and Radical Islamic Activism. Islamism and Social Movement. CIR, Aarhus University
 - Oliver, Pamela/ Johnston, Hank (2000): What A Good Idea! Ideology and Frames in Social Movement Research. In: Mobilization, Volume 5, Issue 1:pp. 1-18
 - Qutb, Sayyid (1964): Milestones
 - Reetz, Dietrich (2004): Aktuelle Analysen islamistischer Bewegungen und ihre Kritik. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung Nr.4, pp. 61-68
 - Roy, Olivier (2005): Islam In The West Or Western Islam? The disconnect of religion and culture. Conference Paper Vienna: Religion, Secularism, and the End of the West, pp. 127-132
 - Rucht, Dieter (2001) (Hrsg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, pp.27-70. Campus Verlag
 - Snow, David A./ Byrd, Scott C. (2007): Ideology, Framing Processes, And Islamic Terrorist Movements. In: Mobilization: An International Quarterly Review, 12(1): pp.119-136
 - Spiegel 47/2002
 - Willems, Ulrich (2004): Religion und soziale Bewegungen – Dimensionen eines Forschungsfeldes. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung Nr.4, pp. 28-41